

STADT FUCHS



Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und seine Ortsteile



"AUS DEM RATHAUS" — AUFGESPIEßT

von Werner Baum

Läßt sich die Stadthalle wirtschaftlich betreiben ?

Seit Mai 1991 verfügt unsere Stadt über eine neu renovierte und modernisierte Stadthalle. Kostenaufwand ca. 4 Millionen DM. Nach ein- und einhalb Jahren Betrieb ist der 2. Pächter "verschlissen" bzw. hat aufgegeben.

Was ist der Grund ?

Sind die 4 Millionen DM Sanierungskosten eine Fehlinvestition gewesen? Läßt sich

die Halle in Verbindung mit der Gaststätte nicht wirtschaftlich betreiben?

An der Pacht kann es nicht liegen, da diese im Vergleich zur Größe des Objekts nicht überzogen sondern eher gering ist.

Liegt es an fehlenden Lagerräumen, einer zu kleinen Küche für Doppelbetreuung (Saal und Gaststätte), an teurer Technik (Heizung, Lüftung) oder am hohem Personalaufwand beim Betreiben der Halle und der Gaststätte - alles

Fragen, die sich die Verantwortlichen der Generalinstandsetzung stellen lassen müssen.

Vor einer neuen Verpachtung müssen Antworten gegeben werden, da sonst eine **Bewirtschaftung** erneut zu scheitern droht und somit dem Ansehen der Stadt sehr schaden würde.

Unser schöner Rathausplatz !

Wie aus der Zeitung zu erfahren war, ist Prof. Puchner, der ja in Treuchtlingen "Narrenfreiheit" hat

bzw. hatte, mit seinem Platz nicht zufrieden. Seine Kritik: Das Haus neben dem Blumengeschäft Ott fehlt noch.

Den Bürgern von Treuchtlingen jedoch gefällt der Platz aus einem ganz anderen Grund nicht. Erstens ist er Ihnen zu kahl bzw. zu steril und wenn es schon ein Platz sein soll, dann darf er nicht in der Mitte mit Bänken, die besser in einen Park passen würden, zugestellt werden. Als Platzmittelpunkt wurde dann noch ein feuerverzinkter Abfallbehälter aufgestellt, der dem Platz die Krönung gibt.

Die SPD/JGB-Fraktion, insbesondere Doris Dollhopf, die immer wieder Vorschläge zur Platzgestaltung machte, hat die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, daß der Platz doch noch etwas verbessert wird.

Dazu beitragen könnte vor allem mehr Grün, eventuell auch durch Rankgewächse, sowie eine andere Möblierung des Platzes in Form von Gittersitzgelegenheiten.

Die Wahrheit über die Sanierung der Stadtmauer !

Als in der Stadtratssitzung vom September Werner Baum sein Mißfallen über den Teilabbruch von Stadtmauerresten zum Ausdruck brachte, wurde dieser mit Mißverständnissen und der Notwendigkeit für einen Durchgang abgetan.

Als dann bei einer Ortsbesichtigung die Mauerreste besichtigt wurden, waren doch einige Ratsmitglieder, auch von der anderen Seite, über die Mauerabbrüche etwas überrascht.

Als von der SPD/JGB Stadtratsfraktion gefordert wurde für die Sanierung und Rekonstruktion das Landesamt für Denkmalpflege einzuschalten, wurde dies mit dem Hinweis, die Mauer sei nicht in der Denkmalschutzliste aufgenommen, zurückgewiesen.

In der Bauausschußsitzung vom 05.11.92 war dann überraschend zu hören, daß das Landesamt für Denkmalpflege sowie der Bezirksheimatpfleger, um sich beraten zu lassen, so die Worte des Bürgermeisters, hinzugezogen.

Warum auf einmal dieser Sinneswandel ?

Wie wir in Erfahrung bringen konnten, hat das Landesamt für Denkmalpflege und der Bezirksheimatpfleger des Bezirkes Mittelfranken die Stadt aufgrund eines Presseartikels im "TK" angeschrieben und den Bürgermeister gebeten die Angelegenheit nicht gering zu achten und die Einbeziehung der Denkmalschutzbehörden und der Bodendenkmalpflege gefordert.

So werden also Forderungen an die Stadt verdreht.

Im nachhinein eine Genugtuung für die SPD/JGB Fraktion die sich in ihrer Argumentation bestätigt

sieht. Die Reste der Mauer werden nun jedenfalls, wie es bei privaten Bauherren ja auch gefordert wird, unter fachlicher Beratung der Denkmalschützer im kommenden Frühjahr saniert.

Treuchtlingen wird Systemhalt der neuen Interregio Züge !

Neben dem in der Presse genannten CSU Landtagsabgeordneten und dem Einsatz unseres Bürgermeisters hat sich die SPD/JGB Stadtratsfraktion, insbesondere durch persönliche Kontakte des Fraktionsvorsitzenden Werner Baum und des Stadtrates Georg Wolski für den Stop dieser neuen Züge in Treuchtlingen sehr stark gemacht.

Der Hauptpersonalrat der DB, der in dieser Angelegenheit den Fachdienst der Zentrale bei der DB eingeschaltet hat, teilt in seinem Schreiben an unsere Fraktion mit, daß dem Anliegen der Stadt sowie der SPD/JGB Stadtratsfraktion für einen Systemhalt der IR-Züge 2682 und 2683 entsprochen wurde.

Die DB verknüpft allerdings die Hoffnung, daß die Stadt durch werbliche Maßnahmen mithilft, den Interregio-Systemhalt Treuchtlingen auf Dauer zu sichern.

Für unsere Fraktion ist dies Anlaß, wie bereits bei den Haushaltsberatungen 92 gefordert, erneut eine "Grüne Gästekarte" für Bahnfahrer einzuführen.

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hat der Bundestag den §218 reformiert und damit ein einheitliches Abtreibungsrecht für ganz Deutschland geschaffen.

Er sieht vor, daß

Das Ergebnis der Abstimmung war eine Niederlage für alle, denen selbstständiges Denken und Gewissenentscheidung suspekt sind.

Der Bundestag hat sich entschlossen

Disposition steht durch Partner und Kinder, kann sie sich mit reiner Freude und voller innerer Zustimmung für Kinder entscheiden.

Weil wir den Schutz werdenden Lebens wollen ist für uns das Recht auf den Kindergartenplatz und der Ausbau der Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Ganztagschule von grundlegender Bedeutung.

Nur wenn die Frau weiß, sie kann - wenn "auch mit Schwierigkeiten und persönlichen Einschränkungen Beruf und Familie vereinbaren, kann sich und ihre Kinder ernähren, nehmen wir ihr oft unüberwindbare Konflikte.

Die CSU hat mit ihrer Verfassungsklage den neuen § 218 für den Moment gestoppt, wird ihn aber nicht auf Dauer aufhalten können.

Heide Otounik

EIN SIEG DER FRAUEN UND DER VERNUNFT

Frauen eine Schwangerschaft in den ersten zwölf Wochen straffrei abbrechen dürfen, wenn sie sich vorher von einem Arzt haben beraten lassen.

Engagierte Parlamentarierinnen haben sich redlich und verantwortungsvoll um eine Lösung bemüht, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau ebenso berücksichtigt wie den Anspruch auf Schutz für das werdende Leben.

werdendes Leben tatsächlich zu schützen und nicht formal mit dem Strafrecht, das anerkanntermaßen in diesen Fragen immer unwirksam bleibt.

Unsere Gesellschaft muß kinderfreundlicher werden. Nur wenn die Frau endlich gleich ist, gleiche Rechte und Pflichten hat, darauf vertrauen kann daß ihr Leben nicht jeden Tag zur

Was bislang unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit gehandelt wurde, brachte der Golf-Krieg ans Licht; Deutsche Unternehmen lieferten einen Großteil der verwendeten Waffen an den Irak. Ein neuer Rüstungsskandal, bei dem sich die Bundesregierung - wie immer in solchen Fällen ahnungslos stellte. Bei ihren Recherchen erfuhren die Autoren nicht nur Interessantes von europäischen Gesprächspartnern. Vielmehr kannten Informanten aus Uebersee wichtige Details. In diesem Be-

richtet werden zum ersten Mal die Namen

Buchtip



der Waffenschieber und Hintermänner genannt, die überwiegend angesehene Posi-

tionen in unserem Staat einnehmen. Unbekannte Einzelheiten dokumentieren den jahrelangen Export von Rüstungsgütern nach Libyen und in den Irak. Selbst der deutsche Bundesnachrichtendienst scheint in den Fall verwickelt zu sein. Modernes Kriegsgerät made in germany zeichnet sich letzten Endes durch seine hohe Präzision und Zuverlässigkeit aus.

Hans Leyendecker/Richard Rickelmann: Experteure des Todes. Steidl Verlag, Göttingen. 9,80 DM.

Bundesweites Radwegenetz entwerfen

SPD-Fraktion fordert Tempolimit von 30 km/h in Ortschaften

Um das Fahrrad als „umweltverträglichstes Verkehrsmittel“ zu fördern, sollen Bund und Länder in Kooperation ein bundesweites Radwegenetz entwerfen. In Städten und Gemeinden müsse ein Radverkehrsnetz für den Alltag geschaffen werden, verlangt die SPD-Fraktion in einem Antrag (12/2493) vom 6. Mai weiter. Mit Hinweis auf das hohe Risiko für Radfahrer (knapp 70.000 Fahrradunfälle im Jahre 1990 mit 908 tödlich verunglückten Radfahrern) fordern die Sozialdemokraten ein Dringlichkeitsprogramm. Dabei dürften Radwege aber nicht zu Lasten der Fußgänger eingerichtet werden. Um die

technische Sicherheit der Fahrräder zu verbessern, so der SPD-Antrag weiter, müßten Mindestnormen für die Fahrradausrüstung vorgelegt werden, die den aktuellen Ansprüchen an die Verkehrssicherheit genügen.

Darüber hinaus soll in die Straßenverkehrsordnung ein Passus aufgenommen werden, der den Radverkehr - entsprechend dem Bedarf für Direktverbindungen und verkehrstechnischer Machbarkeit — auch in echten Einbahnstraßen zuläßt. Begleitend sollte innerorts ein Tempolimit von 30 km/h mit Ausnahme von Durchgangsstraßen erlassen werden.

SPD IM BUNDESTAG

Mehr Kindergartenplätze schaffen

SPD: Bund muß sich an den Investitionen finanziell beteiligen

Die Bundesregierung muß sich an den Investitionen für die Schaffung von Kindergartenplätzen finanziell beteiligen. Die SPD-Fraktion verweist in einer Kleinen Anfrage (12/3438) vom 20. Oktober auf das im Sommer verabschiedete Schwangeren- und Familienhilfegesetz, wonach bis zum Beginn des Jahres 1996 eine ausreichende Anzahl von Kindergartenplätzen vorhanden sein muß. Die Sozialdemokraten erkundigen sich vor diesem Hintergrund, „wie und wann“ die Bundesregierung den Auftrag des Parlaments, die aus der zusätzlichen Einrichtung von Plätzen entstehenden Kosten gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden zu tragen, umsetzen will.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus erklären, ob sie die Einschätzung teilt, daß der noch fehlende Finanzausgleich zwischen ihr und den Ländern im Zusammenhang mit den sozialen Maßnahmen im Schwangeren- und Familienhilfegesetz, vor allem für Planungs- und Investitions-

entscheidungen der Länder, hinderlich ist.

In einer weiteren Kleinen Anfrage (12/3543) vom 27. Oktober weist die SPD-Fraktion darauf hin, daß im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz rechtzeitig auch die Voraussetzungen für eine ausreichende Zahl von Erzieherinnen und Erziehern geschaffen werden müßten. Die Regierung soll daher über die Platzsituation sowie über den Personalbedarf in Kindergärten informieren.

Die Sozialdemokraten möchten wissen, wie viele Kinder in den einzelnen Bundesländern einen Kindergartenplatz haben, ob dieser vormittags, nachmittags oder ganztägig genutzt wird und wie viele Plätze fehlen, um einen Rechtsanspruch erfüllen zu können.

Gesagt werden soll auch, wieviel Hilfspersonal derzeit in deutschen Kindergärten tätig ist und welche Ausbildungsabschlüsse dieses Personal hat.

Tiefflüge wird es auch weiterhin geben

Auch künftig wird es Tiefflüge und Luftkampfübungen über bewohnte Gebiete geben. Ein von der SPD eingebrachter Antrag (12/1534), in dem sich die Fraktion dagegen wendet, lehnte der Bundestag am 13. November mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen ab. Das Parlament folgte damit einer Beschlußempfehlung (12/2971) des Verteidigungsausschusses.

Im Ausschuß hatten die Sozialdemokraten die Auffassung vertreten, aufgrund der veränderten Sicherheitslage in Europa sei das Üben von militärischen Tiefflügen nicht weiterhin erforderlich. Demgegenüber erklärte die CDU/CSU, ein Land, das über Streitkräfte verfügt, müsse den Soldaten auch die Möglichkeit für eine „richtige Ausbildung“ geben. Tiefflüge seien von daher zu üben. Auch die F.D.P. hob hervor, es gehe nicht an, daß im Verteidigungsfall Piloten aufgrund mangelnder Routine abstürzten.

Mit „Job-Ticket“ bei

Pendlern werben

SPD will steuerfreie Zuschüsse

Arbeitgeber für Bus und Bahn

Die SPD-Fraktion will erreichen, daß Arbeitnehmer verstärkt den öffentlichen Personennahverkehr benutzen. Das Einkommensteuergesetz soll geändert werden, damit Zuschüsse des Arbeitgebers für die Benutzung von Bussen und Bahnen steuerfrei bleiben. Für Beamte sei besoldungsrechtlich die Möglichkeit zu eröffnen, einen entsprechenden Zuschuß zu gewähren, heißt es in einem Gesetzentwurf der Sozialdemokraten (12/3573) vom 12. November.

Die Abgeordneten verfolgen nach eigenen Angaben das Ziel, die vom Berufspendelverkehr verursachten Schadstoffemissionen zu vermindern.

Die Verlagerung des Individualverkehrs von der Straße auf den öffentlichen Personenverkehr trage wesentlich zur Senkung der Umweltbelastungen und des Energieverbrauchs bei. Zuschüsse von Arbeitgebern beim Kauf eines sogenannten Job-Tickets könnten einen zusätzlichen Anreiz zum Umsteigen bilden, meinen die Parlamentarier.

Alle Artikel aus "Woche in Bonn"

Was machen eigentlich die Jusos?

Im Mai führten wir einen vielbeachteten Informationsstand zum Thema "Sinn und Unsinn DSD" (der grüne Punkt) durch. In den drei Stunden die wir vor dem GUBI standen, brachten wir viel Aufklärungsmaterial (umweltfreundlich) unter das Volk und sammelten Dutzende von Unterschriften gegen den Anschluß des Landkreises WUG/GUN zum Dualen System.

Einen absoluten Teilnehmerrekord bescherzte uns die Fahrradbildersuchfahrt. 37 Teilnehmerinnen, darunter 13 Kinder, machten sich auf die 24 kilometerlange Strecke, die von Treuchtlingen über Graben, Grönhart, Naßwiesen, Kattenhochstatt, Trommetsheim, Bubenheim und

Wettelsheim wieder zurück nach Treuchtlingen führte. Unter donnerndem Applaus aller Teilnehmer durfte bei der Siegerehrung im Naturfreundehaus der dreizehnjährige Florian Hartl aus Wettelsheim den ersten Preis,



einen Rundflug über das "Neue Fränkische Seenland" für zwei Personen, in Empfang nehmen.

Ebenso traditionell organisierten die Jusos/JGB das Sommerfest der SPD in Treuchtlingen mit. Wenn auch dieses Jahr das Fußballspiel

gegen die Mannen des Bräustüberls ausfallen mußte, war es doch eine gelungene Veranstaltung.

Genauso wie die vorzeitige Aufklärung der Treuchtlinger über die Vorzüge des VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg), bei der die Jusos mit treibende Kraft waren.

Schon baldmöglichst steht die Begehung der renaturierten Altmühl an. - Ein Experte des Wasserwirtschaftsamtes soll uns erklären, was es mit der neuen kurviigen Altmühl auf sich hat.

Wir wollen uns auch vor Ort über die Ausländer- und Asylproblematik erkundigen und planen deshalb einen Besuch bei der Zentralen Anlaufstelle in Zirndorf oder in einem Asylbewerberheim.

Sie sehen, es gibt viel zu tun !

OEFFENTLICHER NAHVERKEHR

Sind unsere Bürgerinnen zufrieden mit der Situation des Busverkehrs im Treuchtlinger Gemeindegebiet ?

Nach verschiedenen Gesprächen scheint dies nicht der Fall zu sein. Es gilt nach einer Problemlösung Ausschau zu halten. Die Lösung könnte der Einsatz eines Rufbusses sein.

Vorteil wäre dabei, daß Kleinbusse eingesetzt werden könnten, die telefonisch angefordert werden. Damit wären flexible An- und

Abfahrtszeiten, sowie eine konzentrierte Nutzung möglich. Teure Leerfahrten, Fahrerstunden und Benzinkosten entfallen dabei. Eine Koordination müßte durch eine "Rufbuszentrale" stattfinden. Doch wer soll diesen Rufbus betreiben ?

Denkbar wäre eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt Treuchtlingen, hiesigen Bus- und Taxiunternehmen.

Uns ist klar, daß dies diverse Gespräche und einen gewis-

sen Idealismus erfordert.

Aber sollten wir nicht einen sinnvollen ÖNV anbieten, damit die TreuchtlingerInnen für Einkäufe, Bankgeschäfte, Arztbesuche, usw. eine ökologisch sinnvolle Alternative zum eigenen PKW zur Verfügung hätten.

Auch im Hinblick auf unsere Kurentwicklung wird es nun Zeit Angebote zu machen, um Treuchtlingen vom Autoverkehr etwas zu entlasten.

Im Wortlaut: Asyl-Beschluß der SPD

Trotz Weltoffenheit überfordert

Der Beschluß des SPD-Sonderparteitags zur Änderung des Asylrechts unter dem Titel „Flüchtlingen helfen, Zuwanderung

steuern, Gemeinden entlasten* hat in der letzten, erweiterten Fassung leicht gekürzt folgenden Wortlaut:

„Deutschland ist ein weltoffenes Land und muß es bleiben. Die Menschen in unserem Lande, die Städte und Gemeinden sehen sich jedoch durch die hohe und rasch wachsende Zuwanderung überfordert, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Arbeitslosigkeit steigt, der Wohnungsmangel wächst und die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern die gesellschaftliche Kraft in besonderer Weise in Anspruch nimmt. Die damit verbundenen politischen und sozialen Spannungen drohen die Stabilität unserer Demokratie zu untergraben und die Aufnahmebereitschaft für politisch Verfolgte grundsätzlich infrage zu stellen. Angesichts dieser Entwicklung muß verantwortliche Politik folgende Maßnahmen ergreifen:

Wir müssen mit allen dem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln jeder Form von Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten und die uneingeschränkte Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols sichern.

Die gesellschaftliche Integration der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer muß verbessert werden, indem wir das Recht auf Einbürgerung ausweiten und die Doppelstaatsbürgerschaft generell zulassen.

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen das Bleiben in ihrer Heimat zu ermöglichen. Dazu muß nachdrücklicher als bisher auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt und die wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für Länder des Südens und Osteuropas nachhaltig verstärkt werden. Wir werden hierfür die öffentlichen entwicklungspolitischen Leistungen (ODA) der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000 schrittweise auf 0,7 Prozent des Brutto sozialprodukts erhöhen.

Kriegs- und Bürgerrechtsflüchtlingen werden wir so lange ein rechtlich abgesichertes Bleiberecht gewähren, bis ihnen wieder eine Rückkehr in ihre Heimat möglich ist. Damit soll gesichert werden, daß diese Flüchtlinge nicht über das Asylverfahren Zuflucht suchen müssen.

Wir brauchen ein europäisch abgestimmtes Einwanderungsrecht mit jährlichen Quoten entsprechend unse-

rer Aufnahme- und Integrationskapazität, um auch dadurch eine unbegründete Inanspruchnahme des Asylverfahrens zu verhindern.

Das Grundgesetz hat das Asylrecht für politisch Verfolgte zum Individualgrundrecht erhoben. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sichern ihren Schutz durch Völkerrecht, das auch als nationales Recht gilt. Beide Konventionen verlangen überdies einen Mindestrechtsschutz, der nach dem Grundgesetz durch ein Gericht zu gewähren ist (Artikel 19 Abs. 4 GG). Dabei soll es bleiben. Satz 2 in Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ steht deshalb nicht zur Disposition. Als politisch verfolgt gilt, wer Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (Kapitel I, Art 1 A) vom 28. Juli 1951 ist. Nach unserem Verständnis wird die Flüchtlingseigenschaft auch durch frauenspezifische Verfolgungsgründe und durch Verfolgung wegen sexueller Orientierung begründet.

Wir werden Asylentscheidungen anderer europäischer Staaten anerkennen, die als Teilnehmer der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Nachprüfung durch eine weisungsunabhängige Instanz und die tatsächliche Anwendung dieser Regeln gewährleisten. Die Festlegung entsprechender Zuständigkeiten und der Verbleib der Asylbewerber erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen mit diesen Ländern.

Asylbewerber, die die Bundesrepublik Deutschland über eines der in Ziffer 54a genannten Länder erreicht haben oder die des Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland nicht bedürfen, weil ihre Flucht in einem anderen Land geendet hat, müssen in das Drittland zurückkehren. Hingewirkt werden soll auf eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern in Europa, um das deutsche Asylverfahren zu entlasten.

Eine pauschale Ablehnung von Antragstellern aus bestimmten Ländern ist nach der Genfer Flüchtlingskonvention unzulässig. Unter Beachtung von Ziffer 54 Abs. 1 muß aber ein deutlich beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren für jene Asylbewer-

ber möglich sein, bei denen aufgrund ihres Herkunftslandes eine individuell widerlegbare Vermutung besteht, daß ihr Antrag offensichtlich unbegründet ist.

Ein beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren soll auch gelten für Asylbewerber

— die ihre aktive Mitwirkung an der Prüfung ihres Antrags dadurch verweigern, daß sie falsche Angaben zur Person machen oder wichtige Personaldokumente bewußt beseitigen oder fälschen

— die durch mehrfachen Asylantrag Leistungsmissbrauch betreiben

— die in erheblicher Weise straffällig geworden sind. Ihre Anträge sind schnell zu entscheiden, um ihre Abschiebung zu ermöglichen.

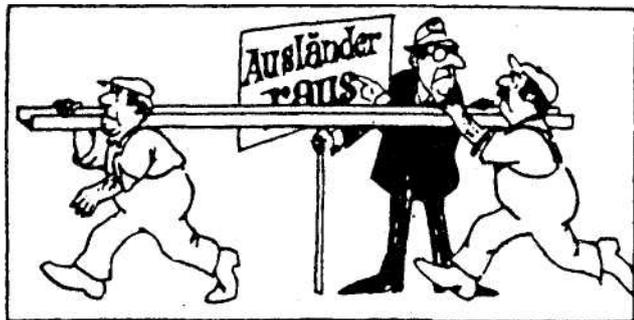
Alle Möglichkeiten des Asylverfahrens-Beschleunigungsgesetzes sind konsequent und unverzüglich auszunutzen. Dazu gehört insbesondere die Einstellung des erforderlichen Personals, die technische Ausstattung zur eindeutigen Identifizierung von Antragstellern und die Bereitstellung von Bundesliegenschaften für die Unterbringung. Notwendig ist auch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für das gesamte Verfahren beim Bund. Darüber hinaus sind besondere Anstrengungen für rasche Entscheidungen über die mehr als 400 000 Altfälle nötig.

Wir werden das Schlepperunwesen bekämpfen und die Grenzkontrollen gegen illegal Einreisende verbessern.

Um den Anreiz zu verringern, daß Asyl offensichtlich unbegründet beantragt wird, sollen während der beschleunigten und vereinfachten Verfahren weitgehend Sachleistungen an die Stelle vor. finanzieller Sozialhilfe treten.

Die Zuwanderung von Aussiedlern muß entsprechend der Integrationskraft der Bundesrepublik durch Gesetz gesteuert und begrenzt werden.

Um die Ziele dieses Maßnahmenpakets so schnell und so wirksam wie möglich zu erreichen, sind Legislative und Exekutive gefordert, die verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Umsetzungen vorzunehmen, einschließlich der () erwähnten Klarstellungen und Ergänzungen des Art 16 GG.()



BERICHT AUS BONN

7.10.1992:

In Bonn eskaliert der Streit über die Bildung einer Großen Koalition. Geißler für Große Koalition. Kohl gegen Große Koalition. Lafontaine gegen Große Koalition. Engholm für Große Koalition. Wieder Krawalle in Rostock!

8.10.1992:

Engholm gegen Große Koalition. Rühle für Große Koalition. Süßmuth gegen Große Koalition. Krause für Große Koalition. Ausländerfeindliche Krawalle in Rostock, München und Dortmund!

9.10.1992:

Kohl für Große Koalition. Thierse gegen Große Koalition. Süßmuth für Große Koalition. Blüm gegen Große Koalition. Lafontaine für Große Koalition. Krawalle

in Kiel, Leipzig und Köln. Die Scheiben ausländischer Geschäfte werden eingeschlagen. Es kommt zu Plünderungen!

10.10.1992:

Rühle gegen Große Koalition. Blüm für Große Koalition. Engholm gegen Große Koalition. Kohl gegen Große Koalition. Straßenschlachten in Weimar, Frankfurt, Berlin, Hamburg, Hannover, Chemnitz, Nürnberg und Goslar!

11.10.1992:

Vorzeitige Neuwahlen!

12.10.1992:

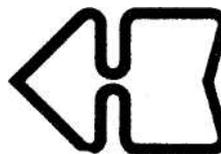
Schönhuber ist Bundeskanzler!

Wolfgang S. Roos

Aus den Nürnberger Nachrichten vom 25./26.09.92



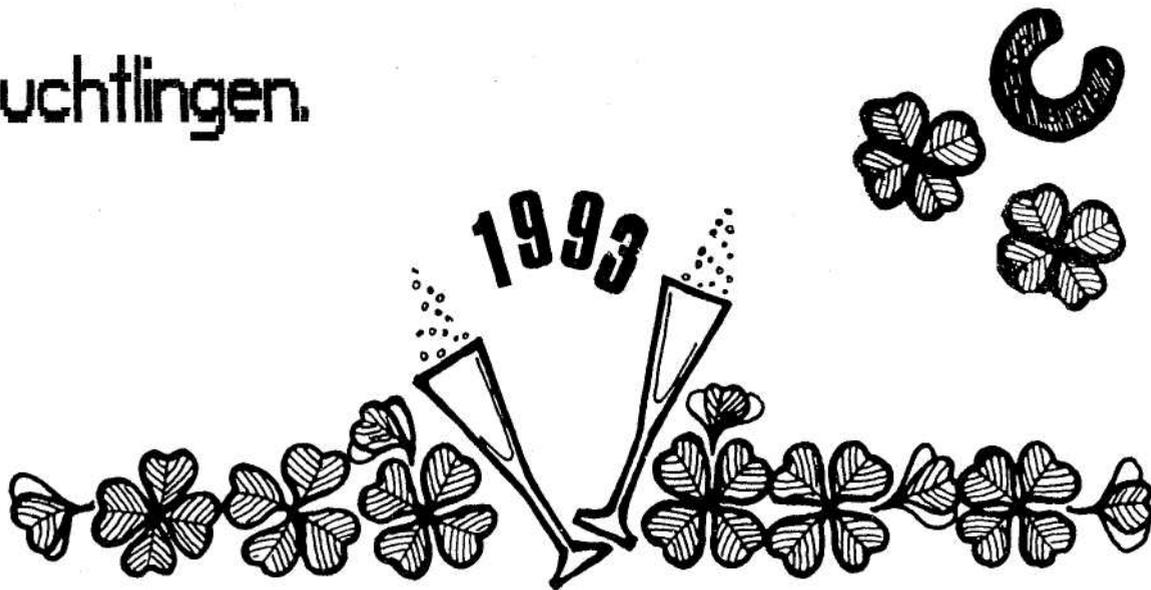
Gedicht



Als "sie" die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als "sie" die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als "sie" die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als "sie" mich holten,
gab es Keinen mehr,
der protestieren konnte.

Martin Niemöller

Ein glückliches und friedvolles Jahr 1993
wünscht allen BürgerInnen
der SPD Ortsverein
Treuchtlingen.



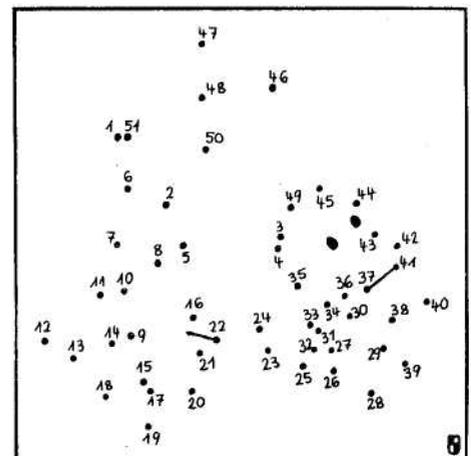
IMPRESSUM

S T A D T F U C H S

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Treuchtlingen
für die Gesamtgemeinde

Redaktion: Sabine Schlund
Reinhold Conrad
Stefan Fischer

Punktespiel



Herzliche Einladung
zur bayerischen Landestagung 1993
des Arbeitskreises Kirche und SPD
am Samstag, 13. März in Ingolstadt,
Spiegelsaal des Kolpinghauses (Johannesstr.11)
von 10 bis 17 Uhr

WIE SOZIAL IST DIE MARKTWIRTSCHAFT?
Nähere Auskünfte: Christel Keller, Tel. 09142/8142